Tutzinger Studien zur Politik

Böller | Hagemann | Opitz | Wilzewski [Hrsg.]

Die Zukunft der transatlantischen Gemeinschaft

Externe und interne Herausforderungen

Nomos

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Tutzinger Studien zur Politik

herausgegeben von der
Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Band 10

Florian Böller | Steffen Hagemann
Anja Opitz | Jürgen Wilzewski [Hrsg.]

Die Zukunft der transatlantischen Gemeinschaft

Externe und interne Herausforderungen

Nomos

AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

© Titelbild: Flaggen der NATO-Mitgliedstaaten bei der Eröffnungszeremonie des neuen NATO-Hauptquartiers am 25. Mai 2017 in Brüssel (Quelle: NATO).

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4476-3 (Print)

ISBN 978-3-8452-8721-8 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

Florian Böller / Steffen Hagemann
Einführung: Externe und interne Herausforderungen für die transatlantische Sicherheits-, Werte- und Wohlfahrtsgemeinschaft 9

I. Die transatlantische Gemeinschaft als Sicherheitsgemeinschaft

Florian Böller / Steffen Hagemann
Strukturen, Interessen, Identitäten. Mechanismen der Krisenbewältigung in der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft im Kontext konkurrierender Theorieansätze 29

Tobias Bunde
Sicher mit Russland oder sicher vor Russland? Das transatlantische Identitätsterrain und seine Herausforderungen für eine gemeinsame Russlandpolitik der NATO 55

Sebastian Mayer
Handlungsprobleme, Anpassungszwänge und Institutionenwandel. Die NATO in Zeiten weltpolitischer Brüche 95

Christian Nünlist
Strategische Partner oder Antagonisten? Die Beziehungen zwischen der NATO und Russland seit 1989 123

Gerlinde Groitl
Das Ende des Westens? Die Volksrepublik China und die transatlantische Gemeinschaft 151

Bernhard Stahl
Bedingt handlungsfähig? Die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft und der Giftgasangriff in Syrien 2013 175

II. Die transatlantische Gemeinschaft als Wertegemeinschaft

Jürgen Wilzewski
Normative Herausforderung. Die transatlantische Sicherheits- und Wertegemeinschaft, präventive Inhaftierungen, gezielte Tötungen und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus 213

Marcus Müller / Lukas D. Herr
Stärkung der Geheimdienstkontrolle? Die transatlantische Sicherheits- und Wertegemeinschaft und der Umgang mit der NSA-Affäre 239

III. Die transatlantische Gemeinschaft als Wohlfahrtsgemeinschaft

Sonja Thielges
Konkurrenz um die Führung? Die transatlantische Gemeinschaft und die internationale Klimaschutzpolitik 267

Welf Werner
Quo vadis transatlantische Wohlfahrtsgemeinschaft? Strukturwandel und Wirtschaftskrisen als innerstaatliche Herausforderungen 293

Andreas Falke
Abkehr vom Freihandel? Die Trump-Administration und die transatlantischen Handelsbeziehungen 321

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 349

Vorwort

Die transatlantische Gemeinschaft steht vor einer Vielzahl externer und interner Herausforderungen. Dazu zählen nach außen beispielsweise der Ukraine-Krieg und die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die Kriege in Syrien und in Afghanistan sowie der Umgang mit der Gefahr der nuklearen Proliferation. Aber auch nach innen offenbart sich für die Gemeinschaft eine schwierige Gemengelage, wie die unverhohlen protektionistischen Forderungen der amerikanischen Regierung unter Präsident Donald Trump oder die Diskussion um Freiheitsrechte im Zusammenhang mit den NSA-Aktivitäten zeigen.

Wie reagiert die transatlantische Gemeinschaft als Sicherheits-, Wohlfahrts- und Wertegemeinschaft auf diese Herausforderungen? Kann es ihr gelingen, ihre Handlungsfähigkeit trotz sich verändernder globaler Machtstrukturen, neuer Bedrohungen, unterschiedlicher nationaler Interessen und eines möglichen Niedergangs der traditionellen transatlantischen Führungsmacht USA aufrechtzuerhalten? Diesem Fragenbündel sind wir nachgegangen und haben dazu zunächst einen Diskursrahmen geschaffen, in dem sich eine Gruppe von Fachleuten den Problemfeldern der transatlantischen Gemeinschaft gemeinsam analytisch genähert hat.

Möglich wurde dies durch die produktive Zusammenarbeit zwischen der Technischen Universität Kaiserslautern und der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, wo wir in der Zeit vom 2. bis 4. Dezember 2016 in einer sehr anregenden Atmosphäre über die »Zukunft der transatlantischen Gemeinschaft« diskutieren konnten. Dass sich daran nicht nur eine Gruppe von Expertinnen und Experten, sondern auch ein breiteres Publikum beteiligt hat, erachten wir als großen Gewinn, denn die transatlantische Gemeinschaft kann ihre Herausforderungen auch weiterhin nur im intensiven Dialog mit der Gesellschaftswelt meistern. Für diesen Dialog steht die Akademie für Politische Bildung prototypisch wie kaum eine andere in Deutschland.

Bei der Einordnung der Beiträge für den vorliegenden Band haben uns als »Discussants« eine Reihe von Fachkollegen unterstützt, die sehr wesentlich

dazu beigetragen haben, das Gesamtergebnis besser zu machen. Danken möchten wir in diesem Zusammenhang insbesondere Prof. Dr. Reinhard Wolf, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Dr. Christian Nünlist, ETH Zürich, Prof. Dr. Wolf Schünemann, Universität Hildesheim, Prof. Dr. Andreas Falke, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Welf Werner, Jacobs University Bremen, und Prof. Dr. Bernhard Stahl, Universität Passau.

Natürlich ist die Umsetzung der Ergebnisse einer solchen Tagung in einen Band nur mit Hilfe eines engagierten Redaktionsteams möglich. Unser Dank gilt hier allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Politikwissenschaft II der TU Kaiserslautern, insbesondere Herrn Frederick Sellmann, aber auch Herrn Dr. Thomas Schölderle, dem Publikationsreferenten der Akademie für Politische Bildung, für die Schlussredaktion der Beiträge und die Erstellung der Druckvorlage.

Zur transatlantischen Sicherheits-, Wohlfahrts- und Wertegemeinschaft gibt es aus unserer Sicht auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts keine ordnungspolitische Alternative. Freilich setzt dies nicht nur die Bereitschaft zur fairen Lastenteilung, sondern auch zu gemeinsamen Prinzipien und Normen im Umgang mit drängenden Problemfeldern nach außen wie nach innen voraus. Denn eines scheint uns evident: Die Handlungsfähigkeit der transatlantischen Partner im Kontext der externen und internen Herausforderungen wird nicht nur über die Zukunft der Gemeinschaft, sondern auch wesentlich über die Zukunft des internationalen Systems selbst mit entscheiden.

Dr. Florian Böller
Dr. Steffen Hagemann
Dr. Anja Opitz
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Kaiserslautern/Tutzing, im September 2017

Florian Böller / Steffen Hagemann

Einführung

Externe und interne Herausforderungen für die transatlantische Sicherheits-, Werte- und Wohlfahrtsgemeinschaft

1. America First versus Europe First? Transatlantische Beziehungen nach der Wahl Donald J. Trumps

Die Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten hat nicht nur in den USA selbst, sondern auch bei den transatlantischen Partnern für große Unruhe gesorgt. Trump inszenierte sich im Wahlkampf als Außenseiter, der mit »den Eliten« des Washingtoner Politikbetriebs brechen und auch in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA eine neue Ära einzuleiten versprach. So stellte der Präsidentschaftskandidat Trump wiederholt offen die transatlantischen Beziehungen und vor allem die NATO als Institution infrage. Auf seinem bevorzugten Kommunikationskanal Twitter brandmarkte Trump die NATO als »obsolet« und beklagte eine unfaire Lastenteilung. Für den Fall seiner Wahl kündigte er einen radikalen Kurswechsel an, um amerikanische Interessen wieder an die erste Stelle zu rücken. »America First« lautete auch das Credo seiner Inaugurationsrede am 20. Januar 2017. Damit war programmatisch der Bruch mit der Idee einer »liberalen Weltordnung« verbunden.[1]

Konservative wie liberale Internationalisten teilen das Bestreben, die Welt nach den Wertvorstellungen und Interessen der Vereinigten Staaten zu ordnen und dominierten mit dieser selbst zugeschriebenen Führungsrolle bisher den außen- und sicherheitspolitischen Diskurs in den USA. Sie konzipierten – in unterschiedlicher Gewichtung – eine internationale Ordnung basierend auf Sicherheitsallianzen, internationalen Institutionen und Freihandel und sahen die USA als Führungsmacht in globalen Fragen. Trump hingegen redet einer nationalistischen Außenpolitik das Wort, die den Fokus auf die Wiedererlangung nationaler Stärke richtet und skeptisch gegenüber jedweder internationaler Verpflichtung und multilateraler Einbindung ist. Multilaterale Institutionen und bindende, internationale Vereinbarungen

1 Siehe exemplarisch Ikenberry 2017.

werden dabei als Einschränkung nationaler Handlungsfreiheit wahrgenommen. In ökonomischer Hinsicht setzt der 45. Präsident auf eine Abkehr vom Freihandel, um nationale Handlungsfreiheit durch protektionistische Maßnahmen zurückzugewinnen. Mit der Betonung der nationalen Interessen ging zugleich eine Absage an die traditionelle Führungsverantwortung der USA einher: Die Aufgabe des Präsidenten sei es vielmehr, die Interessen der USA und nicht die der Welt zu vertreten. Entsprechend formulierte Trump in Bezug auf das Pariser Klimaabkommen ohne Umschweife: »I was elected to represent the citizens of Pittsburgh, not Paris.«[2]

Trotz der Ankündigung eines radikalen Kurswechsels zeichnet sich weit in Trumps erstes Amtsjahr hinein allerdings keine konsistente Außen- und Sicherheitspolitik ab,[3] und die oftmals erratischen Aussagen des Präsidenten stoßen auch innerhalb der Administration auf Widerspruch. Dennoch hat die Wahl des 45. Präsidenten der USA zu erheblichen Unsicherheiten auch innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft und der NATO als ihrer wichtigsten Institution geführt. Insbesondere das nur zögerliche Bekenntnis zur kollektiven Verteidigung und die Eskalation des »Burden Sharing«-Konflikts haben Verunsicherung und Widerspruch ausgelöst. Zwar hatte auch die Obama-Administration die ungleiche Lastenverteilung beklagt. Trump heizte den Konflikt jedoch weiter an, indem er den Europäern vorwarf, die USA unfairerweise auszunutzen. Zudem, und dies wiegt besonders schwer, erweckte Trump den Eindruck, dass er die Frage der Kostenteilung mit der Bereitschaft zu Bündnisverpflichtungen wie dem gegenseitigen Beistand im Konfliktfall verknüpfen wolle. Dieser neue transaktionale Politikstil greift die Grundlagen der transatlantischen Gemeinschaft an.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel mahnte den Präsidenten denn auch, dass die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Europa und den USA auf dem Fundament gemeinsamer Werte beruhe (siehe auch den Beitrag von *Jürgen Wilzewski*). Sie zeigte sich nach den ersten Monaten der Trump-Administration enttäuscht und beklagte einen Vertrauensverlust: »Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. […] Und deshalb kann ich nur sagen: wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen«, so Merkel am 28. Mai 2017.[4]

Auch in der öffentlichen Wahrnehmung zeigte sich ein deutlicher Vertrauensverlust gegenüber dem US-Präsidenten bereits nach seinen ersten 200 Tagen

2 White House 2017b.

3 Vgl. Böller/Herr 2017, Braml 2017.

4 Zitiert nach von Marschall et al. 2017.

im Amt. Laut einer Umfrage des Pew Research Institute im Juli 2017 gaben nur 11 Prozent der Befragten in Deutschland an, dem US-Präsidenten zu vertrauen – im Vergleich zu 86 Prozent, die Trumps Vorgänger im Amt, Barack Obama, noch 2016 vertrauten.[5] Inwieweit diese Vertrauenskrise im transatlantischen Verhältnis tatsächlich zu einer stärkeren Verantwortungsübernahme durch die europäischen Partner führt, bleibt abzuwarten. Für die transatlantischen Beziehungen liegt im Vertrauensverlust allerdings eine Gefahr zunehmender Entfremdung, insbesondere dann, wenn die Antwort auf Trumps Credo des »America First« auf ein »Europe First« hinauslaufen würde.

Der nationalistische und populistische Diskurs von Trump und die Irritationen in Europa sollten gleichwohl nicht darüber hinwegtäuschen, dass Konflikte und Krisen seit jeher zur Geschichte der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft gehören. Schon in der Zeit der bipolaren Systemkonfrontation zeigten sich immer wieder Risse, etwa während der Suezkrise, nach dem Austritt Frankreichs aus der militärischen Organisation der NATO oder im Kontext des NATO-Doppelbeschlusses.[6] Unmittelbar nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mehrten sich vor allem neorealistische Stimmen, die angesichts einer fehlenden gemeinsamen Bedrohung und einer ansteigenden Interessenheterogenität, ein Ende der NATO prognostizierten.[7] Auch der Irakkrieg 2003 führte zu massiven transatlantischen Konflikten.[8] Trotz dieser Konflikte hat sich die transatlantische Gemeinschaft dennoch als robust und anpassungsfähig gegenüber neuen Sicherheitslagen und externen Herausforderungen erwiesen. Immer wieder ist es den Partnern gelungen, Krisen zu bearbeiten und zu bewältigen. Die Sicherheitsgemeinschaft verfügt, so die grundlegende These des Bandes, über gemeinsame Normen und Institutionen, die dabei helfen, die notwendigerweise auftretenden Konflikte konstruktiv bearbeiten zu können.

Die Weiterentwicklung von Normen wie auch die Stärkung institutioneller Ressourcen zeugen von diesem kontinuierlichen Wandel. Das bedeutet gleichwohl nicht, dass angesichts der Kontinuitätslinien der transatlantischen Beziehungen ein stabiler Fortbestand der Sicherheitsgemeinschaft garantiert wäre. Schließlich müssen externe Herausforderungen – beispielsweise im Umgang mit den Kriegen in Syrien und der Ukraine, im Verhältnis zu China oder beim Kampf gegen den globalen Klimawandel – innerhalb der Sicherheitsgemeinschaft mit ihren vielfältigen Interessenlagen, divergie-

5 Pew Research Institute 2017. Zu Obama grundlegend siehe Jäger/Gärtner/Wilzewski 2017.

6 Siehe etwa Sloan 2003, Hanrieder 2005.

7 Vgl. Mearsheimer 1990, Waltz 1993.

8 Siehe beispielsweise Gordon/Shapiro 2004.

renden normativen Vorstellungen und komplexen Akteurskonstellationen verhandelt werden. Die Bewältigung externer Herausforderungen wird dabei wesentlich von der Fähigkeit zu allianzinterner Konfliktbearbeitung bedingt. Wie die Wahlen von Donald Trump oder auch die britische Entscheidung zum Austritt aus der Europäischen Union zeigen, können innenpolitische Veränderungen innerhalb einzelner Mitgliederstaaten erhebliche Auswirkungen auf die Gemeinschaft entfalten.

Die Beiträge dieses Bandes liefern vor diesem Hintergrund durchaus unterschiedliche Befunde über die Zukunft der Sicherheitsgemeinschaft. Sie reichen von negativen Urteilen über die Handlungsfähigkeit der Sicherheitsgemeinschaft im Syrienkonflikt (siehe dazu den Beitrag von *Bernhard Stahl*) und im Verhältnis zu China (hierzu *Gerlinde Groitl*) über eine kritische Perspektive auf die normativen Fundamente der transatlantischen Beziehungen (vgl. *Jürgen Wilzewski*) bis hin zu optimistischeren Einschätzungen zur Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit der Sicherheitsgemeinschaft (siehe dazu die Beiträge von *Christian Nünlist* und *Sebastian Mayer*).

2. Die »pluralistische Sicherheitsgemeinschaft« als Analyserahmen

Das Konzept der Sicherheitsgemeinschaft bildet den analytischen Rahmen, um der zentralen Fragestellung dieses Bandes nachzugehen, nämlich wie die transatlantischen Partner externen Herausforderungen begegnen und mit allianzinternen Konflikten umgehen. Als Brückenkonzept bietet es zudem Anknüpfungspunkte für verschiedene Theorieperspektiven – konstruktivistische, identitätsbasierte Ansätze (etwa *Tobias Bunde* und *Sonja Thielges*), die liberale Außenpolitiktheorie (*Marcus Müller / Lukas D. Herr* und *Jürgen Wilzewski*), das Konzept der Versicherheitlichung (*Bernhard Stahl*), den Institutionalismus (*Sebastian Mayer*) oder den neoklassischen Realismus (*Gerlinde Groitl*). In der Heterogenität der eingesetzten Konzepte wie auch in der jeweils deutlich ausgeprägten theoretisch-konzeptionellen Herangehensweise sehen wir einen Mehrwert für die Forschung zu den transatlantischen Beziehungen. Theorieorientierte Beiträge, die auch über den Befund tagespolitischer Ereignisse hinausgehen, waren hier bisher selten zu finden.[9]

Der Begriff der Sicherheitsgemeinschaft wurde zuerst von Karl W. Deutsch in den 1950er-Jahren entwickelt.[10] Deutsch wollte damit ein Kon-

9 Zu den wenigen Ausnahmen zählen Jäger/Höse/Oppermann 2005 und Koschut 2010.

10 Vgl. Deutsch et al. 1957.

zept liefern, um die vielfältigen Interaktions- und Kooperationsbeziehungen zwischen Staaten und Gesellschaften erfassen zu können, die über traditionelle Allianzen und kurzfristige Bündnisse hinausgehen. Die gegenwärtigen transatlantischen Beziehungen fallen im Sinne von Deutschs Konzept unter den Typus von »pluralistischen Sicherheitsgemeinschaften«, da sie von souveränen Trägern gebildet werden und innerhalb der Gemeinschaft unterschiedliche Interessen, Ideen und Institutionen wirken. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich die Kooperationsbeziehungen der Sicherheitsgemeinschaft zwischen beiden Seiten des Atlantiks differenziert und erstrecken sich heute über zumindest drei Ebenen: Erstens, die »klassisch« sicherheits- und verteidigungspolitische Ebene der Sicherheitsgemeinschaft, zweitens die Sicherheitsgemeinschaft als Wertegemeinschaft sowie drittens die Sicherheitsgemeinschaft als Wohlfahrtsgemeinschaft.

Der kleinste gemeinsame Nenner der Sicherheitsgemeinschaft besteht zunächst im Ausschluss von kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Gemeinschaft und im Prinzip, allianzinterne Konflikte kooperativ zu bearbeiten. Die NATO hat sich für diesen Kernbereich der Sicherheitsgemeinschaft als maßgebliche Institution etabliert und liefert mit Artikel 5 des Washingtoner Vertrags von 1949, nach dem ein Angriff auf ein Mitgliedsland als Angriff auf alle Mitglieder zu werten ist, einen zentralen Mechanismus zur Rückversicherung und zu gegenseitigem Vertrauen. Allerdings erschöpft sich die sicherheitspolitische Kooperation nicht in der Abwehr eines gemeinsamen Feindes.

Während des Ost-West-Konflikts trug das übergeordnete Feindbild zwar zu einer relativen Stabilität der Sicherheitsgemeinschaft bei. Doch schon in der Suezkrise 1956 zeigte sich, dass ein gemeinsames Feindbild nicht ausreichen würde, um die Sicherheitsgemeinschaft dauerhaft aufrechtzuerhalten.[11] Prozesse und Institutionen sicherheitspolitischer Kommunikation mussten Strukturen der militärischen Zusammenarbeit ergänzen. Als Sicherheitsgemeinschaft sahen sich Europa und die USA bereits frühzeitig kollektiven Herausforderungen gegenüber, die über die direkte Abwehr militärischer Bedrohungen des Bündnisgebiets hinausreichten. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde die Handlungsfähigkeit der Sicherheitsgemeinschaft unter anderem bei den kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan, in Afghanistan und Libyen (siehe *Sebastian Mayer* in diesem Band) sowie zuletzt in der Folge der Ukrainekrise und durch den syrischen Bürgerkrieg herausgefordert (siehe hierzu die Beiträge von *Tobias Bunde* und *Bernhard Stahl*).

11 Vgl. Sloane 2003.

Deutsch definierte die Sicherheitsgemeinschaft als soziale Gruppe, die entlang eines dynamischen Integrationsprozesses einen »sense of community«[12] entwickelt und durch gemeinsames Handeln sowie etablierte Institutionen gekennzeichnet ist. Für Deutsch spannt sich dieses integrative Netz als »Wir-Gefühl« über Sicherheitsgemeinschaften aus, wodurch auch gegenseitiges Vertrauen und eine »identification in terms of self-images and interests«[13] den Zusammenhalt der »Community« stärken. Geteilte Normen, Regeln und Prinzipien bilden aus dieser Perspektive das Fundament der Sicherheitsgemeinschaft, die somit auch als Wertegemeinschaft anzusehen ist. Durch gemeinsame Werte legen die Mitglieder der Gemeinschaft einen grundsätzlichen Kompass an Handlungsorientierungen für die Kooperation zwischen den Mitgliedern fest. Für die transatlantische Allianz besteht dieser Wertekanon in der Betonung von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und marktwirtschaftlicher Ordnung. Im NATO-Vertrag wird diese Werteorientierung explizit benannt. Neben solchen übergeordneten Normen ging Deutsch davon aus, dass Sicherheitsgemeinschaften auch durch einen mehr oder weniger einheitlichen »way of life«[14], das heißt durch Gemeinsamkeiten etwa in Kultur, Geschichte, Sprache und anderen sozialen Kontexten gekennzeichnet sind. Gerade in der pluralistischen Variante der Integration muss es sich dabei keineswegs um eine Gleichtaktung der Gesellschaften handeln. Vielmehr gehören die Anerkennung von nationaler Vielfalt sowie die Akzeptanz von Meinungsverschiedenheiten zu den konstitutiven Merkmalen einer Wertegemeinschaft.[15] Freiheit und Pluralismus des Westens wurden gerade in der Phase der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus als ein identitätsstiftendes Element der transatlantischen Beziehungen betont.

Auch auf Ebene der gemeinsamen normativen Grundlagen der Wertegemeinschaft können sich Krisen ergeben, welche die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft einschränken. Dazu zählt etwa der inhärente Wertekonflikt zwischen Freiheit und Sicherheit zu dem demokratische Gesellschaften bei der Durchführung von Außen- und Sicherheitspolitik eine Balance finden müssen. Dieses Dilemma betrifft nach innen zum Beispiel die effiziente Bekämpfung von terroristischen Bedrohungen bei gleichzeitiger Wahrung individueller Freiheitsrechte und eine durch Parlamente sichergestellte

12 Deutsch et al. 1957: 5. Siehe auch Adler/Barnett 1998, Risse 2006, Koschut 2014.

13 Deutsch et al. 1957: 36.

14 Deutsch et al. 1957: 48.

15 Vgl. Hofmann/Yeo 2015: 382.

demokratische Kontrolle von Außen- und Sicherheitspolitik (siehe den Beitrag von *Marcus Müller* und *Lukas D. Herr* in diesem Band).

Nach außen können völkerrechtliche Beschränkungen staatlichen Handelns Wertekonflikte auslösen, wenn Regierungen innerhalb einer Sicherheitsgemeinschaft das Primat nationaler Handlungsfreiheit betonen. Zudem können Konflikte zwischen den Partnern dann auftreten, wenn zentrale Prinzipien der Sicherheitsgemeinschaft, wie die Norm multilateralen Handelns, unterschiedlich gewichtet werden.

Die Interaktionen im Rahmen einer pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft betreffen auch nicht-militärische Felder der Kooperation, in denen über materielle und immaterielle Güter verhandelt wird. Im Bereich der Handels- und Wirtschaftspolitik sind die transatlantischen Partner ebenfalls eng verwoben. Diese Interdependenz der Wohlfahrtsgemeinschaft hat sich im Zuge der Globalisierung weiter verstärkt und gerade die Wirtschaftskrise von 2008/2009 hat gezeigt, wie dicht die Verbindungen im Bereich des Finanzmarkts zwischen beiden Seiten des Atlantiks sind (vgl. dazu die Beiträge von *Andreas Falke* und *Welf Werner* in diesem Band). Doch auch im Bereich der Umweltpolitik greifen angesichts globaler Phänomene wie des Klimawandels nationale Initiativen zu kurz. Der Kampf gegen die Klimaerwärmung gehört im 21. Jahrhundert sicherlich zu den drängendsten Herausforderungen der transatlantischen Gemeinschaft – nicht nur hinsichtlich materieller Konsequenzen der Erderwärmung beziehungsweise der diskutierten Maßnahmen zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen. Klima- und Umweltschutz können über den ökonomischen Kontext hinaus auch als wichtige immaterielle Werte begriffen werden. Allerdings gilt auch hier, wie oben zur Wertegemeinschaft ausgeführt, dass die transatlantischen Partner nicht immer kompatible Vorstellungen zu den jeweiligen Herausforderungen besitzen. Wirtschaftliche Interessen können mit gesellschaftlichen Wertvorstellungen in Konflikt geraten und eine gemeinsame Klimapolitik der transatlantischen Partner verhindern (siehe hierzu *Sonja Thielges* in diesem Band). Gerade im Bereich der transatlantischen Beziehungen als Wohlfahrtsgemeinschaft müssen in Zukunft angesichts der angekündigten – und in Teilen bereits umgesetzten – Neuorientierung in der Handels- und Klimapolitik unter Donald Trump erhebliche Konsequenzen beziehungsweise ein Rückbau an bindenden Verpflichtungen und gemeinsamem Handeln befürchtet werden.

3. Sicherheits-, Werte- und Wohlfahrtsgemeinschaft: Die Beiträge des Bandes im Überblick

Das Konzept der Sicherheitsgemeinschaft erlaubt insgesamt einen differenzierten Blick auf verschiedene Dimensionen der transatlantischen Gemeinschaft, da es sowohl materielle wie ideationale Faktoren umfasst. Der vorliegende Band versammelt daher Beiträge, die sich der transatlantischen Gemeinschaft als Sicherheits-, Werte- und Wohlfahrtsgemeinschaft zuwenden und die danach fragen, wie es der transatlantischen Gemeinschaft gelingt, sich den verändernden internen und externen Herausforderungen anzupassen. Die Autorinnen und Autoren berücksichtigen hierbei aktuelle Fallbeispiele der transatlantischen Beziehungen in der Ära nach der Wahl Donald Trumps zum 45. US-Präsidenten.

3.1 Sicherheitsgemeinschaft: Kollektive Verteidigung und Krisenbewältigung in der Sicherheitspolitik

Zunächst legen *Florian Böller* und *Steffen Hagemann* in ihrem Beitrag eine Bestandsaufnahme der konkurrierenden theoretischen Deutungsangebote zu den transatlantischen Beziehungen vor. Die Autoren kritisieren, dass bisherige Studien zu statisch auf den Endzustand der Beziehungen zwischen Europa und Nordamerika geblickt haben und die Prozesse und Aushandlungen während krisenhafter Phasen nur unzureichend ausgeleuchtet wurden. Anknüpfend an Deutschs Basiskonzept entfalten *Böller* und *Hagemann* mehrere Dimensionen der Sicherheitsgemeinschaft, die von Krisensymptomen betroffen sein können, um darauf aufbauend verschiedene Mechanismen zur Krisenbewältigung zu identifizieren. Die Syrienkrise wird schließlich als Fallbeispiel herangezogen. Die Autoren kommen dabei zu dem Schluss, dass die Sicherheitsgemeinschaft im Kontext des syrischen Bürgerkriegs durch divergierende Bedrohungswahrnehmungen, unterschiedliche Vorstellungen zur sicherheitspolitischen Identität der NATO sowie durch Konflikte um eine faire Lastenteilung herausgefordert wird. Gerade weil US-Präsident Trump hinsichtlich des letztgenannten Punkts die transatlantischen Partner wiederholt und unmissverständlich kritisiert hat, ohne dass eine grundsätzliche Veränderung der bestehenden Asymmetrie militärischer Fähigkeiten zu erwarten wäre, zieht der Beitrag ein insgesamt skeptisches Fazit zur künftigen Handlungsfähigkeit der Sicherheitsgemeinschaft.

Tobias Bunde untersucht in seinem Beitrag eine der größten sicherheitspolitischen Herausforderungen der transatlantischen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikt, nämlich die Auswirkungen der Ukrainekrise und das schwierige Verhältnis des Westens zu Russland. Die Mitglieder der Sicherheitsgemeinschaft mussten sich in der Folge der russischen Annexion der Krim und der Ausweitung der Krise auf den Osten der Ukraine auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Die Akteure befinden sich in diesem diskursiven Aushandlungsprozess nach *Bunde* auf einem »Identitätsterrain, welches den Möglichkeitsraum für kollektives Handeln innerhalb der NATO definiert«. Empirisch nimmt *Bunde* eine »Kartierung des Identitätsterrain« vor, die sich auf den sicherheitspolitischen Elitendiskurs im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz stützt. Wie der Autor erläutert, existieren hierbei unterschiedliche Diskursformationen, mit jeweils divergenten Vorstellungen über die Identität der Sicherheitsgemeinschaft. »Missionare« sehen die NATO etwa als normative Macht zur Durchsetzung liberaler Werte auf internationaler Ebene, während »Ordnungshüter« eine Verbreitung dieser Werte durch Waffengewalt skeptischer bewerten. Daneben existieren auch Akteure, die die traditionelle Rolle der NATO als Verteidigungsbündnis betonen und eine weitere Gruppe, die eine vermittelnde Position einnimmt. Die Ukrainekrise habe zu einer Neubewertung nicht nur der Russlandpolitik, sondern auch zu einer Stärkung der allianzinternen Kohäsion geführt. Die unterschiedlichen normativen Vorstellungen von »Missionaren«, »Ordnungshütern«, »Verteidigern« und »Brückenbauern« trugen dazu bei, dass sich nicht eine Gruppe vollends durchsetzen konnte. So habe die Sicherheitsgemeinschaft zwar den Aspekt der kollektiven Verteidigung gestärkt, aber gleichzeitig ihre Dialogbereitschaft gegenüber Russland signalisiert. *Bunde*s Analyse liefert somit einen Beitrag zum Verständnis der Prozesse und Diskurse, mit der die Akteure der Sicherheitsgemeinschaft auf transatlantische Herausforderungen reagieren.

Aus der Theorieperspektive des neoliberalen Institutionalismus diskutiert *Sebastian Mayer* in seinem Beitrag persistente Handlungsprobleme und den Wandel der NATO in Zeiten weltpolitischer Brüche. Ausgehend vom sicherheitspolitischen Strukturwandel nach dem Ende des Ost-West-Konflikts identifiziert *Mayer* mehrere Probleme kollektiven Handelns, denen sich die Partner innerhalb der Sicherheitsgemeinschaft gegenüber sehen. Vor allem die Zunahme von militärischen Out-of-Area-Einsätzen habe innerhalb der NATO zu Kooperationsproblemen geführt. *Mayer* konstatiert, dass die Partner bei den jüngsten Missionen in Libyen und Afghanistan sich nicht auf klare Ziele festlegen konnten. Hinzu kamen in der Folge auch Kooperationsprobleme hinsichtlich der Durchführung der Einsätze, bei

der Debatte um eine faire Lastenteilung sowie eine Schwächung der Norm des Multilateralismus. Insgesamt hält *Mayer* fest, dass »Konsensbildung, Entscheidungsfindung und Politikumsetzung nach 1990 mit größerem Aufwand verbunden (waren)« und mithin höhere Transaktionskosten für die Mitglieder der Sicherheitsgemeinschaft anfielen. Gleichzeitig skizziert der Autor, wie die NATO als Institution auf Grund dieses Problemdrucks Anpassungen vornahm und sich wandelte, um so bestehenden Auflösungserscheinungen entgegenzuwirken. Hierzu zählt *Mayer* den Ausbau des Internationalen Stabs der NATO, die Aufwertung der institutionellen Ressourcen des Generalsekretärs, Verbesserungen der integrierten Militärstruktur des Bündnisses sowie die Erweiterung der Planungskompetenzen durch die NATO-Militärbürokratie. Vor diesem Hintergrund sieht *Mayer* zwar keine vollständige Beseitigung bestehender Kooperationsprobleme, allerdings durchaus ein Abfedern der negativen Auswirkungen durch institutionelle Anpassungsprozesse.

Christian Nünlist geht dem Verhältnis zwischen NATO und Russland nach dem Ende des Kalten Kriegs nach und stellt die Frage, ob sich beide Seiten als »strategische Partner« oder vielmehr als »Antagonisten« wahrnehmen. Während im Beitrag von *Tobias Bunde* die allianzinternen Aushandlungsprozesse im Umgang mit Russland im Vordergrund stehen, richtet *Nünlist* in seiner historisch-vergleichenden Betrachtung den Fokus auf die zyklische Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland nach außen. *Nünlist* hält hierzu fest, dass Anfang der 1990er-Jahre die Beziehungen noch weitgehend kooperativ waren, bevor angestoßen durch die Kriege im Kosovo, Irak und in Georgien eine deutliche Verschlechterung des Verhältnisses eintrat. Trotzdem blieben »Inseln sicherheitspolitischer Kooperation« gerade im Bereich der Terrorismusbekämpfung sowie der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik erhalten. Demgegenüber stellte die Ukrainekrise eine Zäsur im Verhältnis zwischen NATO und Russland dar. Zwar warnt *Nünlist* davor, den Konflikt zwischen NATO und Russland als »neuen Kalten Krieg« zu bezeichnen, gleichzeitig stünden sich die dominanten Narrative in der Frage der Verantwortung für die Krise auf beiden Seiten diametral entgegen. Vor diesem Hintergrund betont *Nünlist* die Notwendigkeit einer Deeskalation, die nur durch eine Verbesserung von Kommunikation und Dialog sowie durch konkrete Schritte der Vertrauensbildung erreicht werden könne. Hierzu biete die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ein mögliches institutionelles Forum, mit deren Hilfe mittelfristig stabilisierende Vereinbarungen zur Reduktion gegenseitiger Bedrohungswahrnehmungen und langfristig eine Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa erfolgen könne.

Neben Russland muss auch das Verhältnis zu China für die transatlantischen Partner als maßgebliche externe Herausforderung auf globaler Ebene betrachtet werden. Schließlich wird der wirtschaftliche und militärische Aufstieg Chinas zumindest in Washington als Bedrohung der Führungsposition der USA gesehen. *Gerlinde Groitl* analysiert in diesem Zusammenhang den »Chinaeffekt« im europäisch-amerikanischen Verhältnis. Zur Erfassung transatlantischer Prozesse im Umgang mit der chinesischen Herausforderung nutzt die Autorin die Perspektive des neoklassischen Realismus. *Groitl* geht zunächst davon aus, dass die Weltpolitik stark von Faktoren auf der Ebene des internationalen Systems beeinflusst wird. Hinzu kommt allerdings auch eine Prozessebene der außenpolitischen Entscheidungsfindung, wonach das Handeln der Akteure vom Grad der Übereinstimmung der jeweiligen Problemperzeptionen, von der gemeinsamen Handlungsfähigkeit sowie der Verbundenheit im transatlantischen Raum abhängt. Auf allen Ebenen identifiziert *Groitl* klare Differenzen zwischen Europa und den USA im Verhältnis zu China. Auf die Partner wirken unterschiedliche systemische Zwänge, da vor allem die USA, nicht aber Europa, von China in machtpolitischer Perspektive im asiatischen Raum herausgefordert wird. Auch gibt es auf der Prozessebene weder eine einheitliche Bedrohungswahrnehmung noch sind die transatlantischen Partner in der Lage, gemeinsam außenpolitisch gegenüber China zu handeln. Weil Donald Trump schon nach kurzer Zeit im Amt Zweifel an der Verlässlichkeit der USA bei den europäischen Partnern gesät hat, ist auch der Aspekt einer transatlantischen Verbundenheit kritisch einzuschätzen, so *Groitl*. Daher zieht die Autorin ein düsteres Fazit, wonach Trump das Ende der transatlantischen Ordnungsmacht (unter US-Führung) besiegeln könnte.

Bernhard Stahl stellt in seinen Beitrag zum Umgang der transatlantischen Partner mit dem Giftgasangriff in Syrien von 2013 fest, dass die Sicherheitsgemeinschaft nur sehr bedingt handlungsfähig war. Der Autor wendet in seiner Analyse das Konzept der »Versicherheitlichung« auf die transatlantische »Security Community« an. Demnach werden sicherheitspolitische Ereignisse erst dann zu einer Bedrohung, wenn sie durch maßgebliche gesellschaftliche Akteure innerhalb der Sicherheitsgemeinschaft sekuritisiert werden, das heißt sie müssen als existenziell bedrohlich benannt werden. Auf der anderen Seite können Sicherheitsbedrohungen auch bewusst heruntergespielt oder relativiert werden, was zu einer »Desekuritisierung« führt. In der empirischen Untersuchung vergleicht *Stahl* dann Ähnlichkeiten und Unterschiede der (De-)Sekuritisierungen des Ereignisses in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA. Es zeigt sich, dass sowohl die Einschätzung einer Dringlichkeit auf den Vorfall zu reagieren (»Urgency«)

als auch die Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens (»Security Acts«) nach anfänglichen Forderungen aus Frankreich, Großbritannien und den USA abgeschwächt wurden. Uneinheitliche Bedrohungskonstruktionen offenbarten sich auch hinsichtlich der Urheberschaft (»Referent Subject«) für die Giftgasattacke und in der Frage, wer von dem Angriff bedroht wird (die syrische Bevölkerung beziehungsweise die internationalen Institutionen des Völkerrechts als »Referent Object«). Bemerkenswerterweise befand sich Deutschland von Beginn an in einer Außenseiterposition in Bezug auf Urgency, Security Acts, Referent Subject wie Referent Object, da im deutschen Diskurs der Giftgasangriff durchgehend relativiert wurde. Doch auch in Großbritannien und den USA gewannen nicht zuletzt auf Druck der Legislativen transatlantische Desekuritisierungsprozesse an Deutungsmacht, in die sich schließlich auch Frankreich einfügte. Eine entschlossene Reaktion der Sicherheitsgemeinschaft auf den Giftgasangriff von 2013 unterblieb daher. Mit Blick auf den wiederholten Einsatz von Giftgas im syrischen Bürgerkrieg, zuletzt im April 2017, spricht *Stahl* von einem »Worst Case Scenario«. Weder wurden die Täter abgeschreckt noch gelang die Abrüstung des Chemiewaffenarsenals.

3.2 Wertegemeinschaft: Normative Herausforderungen des Gemeinschaftshandelns

Jürgen Wilzewski eröffnet das Themenfeld der transatlantischen Wertegemeinschaft mit einer Analyse der Friktionen und Ambivalenzen zwischen normativem Anspruch und politischem Handeln der transatlantischen Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Anhand einer Untersuchung der Fälle präventiver Inhaftierungen und gezielter Tötungen von Terrorverdächtigen zeigt *Wilzewski*, dass eine große Lücke zwischen Deklaratorik und Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen besteht, die auch in der Amtszeit von Barack Obama nicht aufgelöst und die von den europäischen Partnern weitgehend mitgetragen wurde. So war es nicht allein die Bush-Administration, die im Umgang mit der externen Herausforderung des internationalen Terrorismus für »flagrante Normverletzung(en) der Wertegemeinschaft« verantwortlich gemacht werden muss. Vielmehr unterstützten die europäischen Mitglieder der Sicherheitsgemeinschaft zumindest in Teilen die Praxis präventiver Inhaftierungen und traten nicht konsequent für die Durchsetzung normativer Prinzipien wie dem Verbot von Folter ein. *Wilzewski* argumentiert, dass die Glaubwürdigkeit und Legitimität der transatlantischen Gemeinschaft als »Hüterin einer normativen Ordnung« als

stark angeschlagen gelten muss. Unter Donald Trump ist kaum ein Politikwandel in diesem Problemfeld zu erwarten, hatte der US-Präsident doch im Gegenteil unter anderem eine Lockerung der Einsatzregeln für bewaffnete Drohneneinsätze und einen Weiterbetrieb des US-Gefangenenlagers auf Guantanamo angekündigt.

Die NSA-Affäre führte nach den Enthüllungen Edward Snowdens zu großen Verwerfungen innerhalb der Sicherheitsgemeinschaft. *Marcus Müller* und *Lukas D. Herr* untersuchen vor diesem Hintergrund die Performanz der parlamentarischen Geheimdienstkontrolle innerhalb der transatlantischen Wertegemeinschaft anhand der Fallbeispiele USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich. Die Autoren prüfen, inwiefern Parlamente über formale Rechte zur Geheimdienstkontrolle verfügen, darüber hinaus auch politische Bereitschaft zur Kontrolle exekutiven Handelns zeigen und schließlich ob institutionelle Ressourcen in hinreichendem Maß vorhanden sind, um die Kontrollfunktion zu gewährleisten.[16] Wie *Müller* und *Herr* nachweisen, erfolgte weder in den USA noch in den untersuchten europäischen Ländern eine tiefgreifende Reform der Kontrolle von Geheimdiensten. Am ehesten sind das Parlamentarische Kontrollgremium des Deutschen Bundestags und die Geheimdienstausschüsse des amerikanischen Kongresses in der Lage, eine unabhängige Kontrollfunktion auszuüben, während in Großbritannien und Frankreich die Kontrolle der Geheimdienste weitgehend durch die Exekutive selbst vorgenommen wird. Insgesamt sehen es die Autoren als problematisch für den Kontext der transatlantischen Beziehungen als Wertegemeinschaft an, dass trotz der NSA-Affäre zum einen die parlamentarische Geheimdienstkontrolle defizitär bleibt, zum anderen Freiheitsrechte von Ausländern in den jeweiligen Staaten nicht geschützt werden und schließlich die Möglichkeit geheimdienstlicher Datenspeicherung nach wie vor die Balance von Sicherheit und Freiheit infrage stellt.

3.3 Wohlfahrtsgemeinschaft: Kooperation zur Sicherung gesellschaftlicher Interessen

Sonja Thielges geht in ihrem Beitrag der Frage nach, inwiefern die transatlantischen Partner eine gemeinsame Führungsrolle in der internationalen Klimapolitik einnehmen. Ihr Argument lautet, dass dies der transatlantischen Wohlfahrtsgemeinschaft bisher nicht gelang und die Beziehungen zwischen Europa und den USA in der Umwelt- und Klimapolitik in den vergangenen

16 Vgl. zur Trias aus »Authority«, »Attitude« und »Ability« grundlegend Born/Hänggi 2005: 7.

Jahrzehnten eher durch Konkurrenz als durch Kooperation geprägt waren. *Thielges* betont als Ursache für dieses Verhältnis die Bedeutung kulturell verankerter Politikstile. Gemeint sind in der jeweiligen nationalen politischen Kultur gefestigte soziale Normen, die sich auf beiden Seiten des Atlantiks stark unterscheiden. So verfolge die Europäische Union in der Klimapolitik einen »Command-and-Control«-Ansatz mit verbindlichen Zielen zur Emissionsreduktion innerhalb völkerrechtlicher Vertragsstrukturen. Dagegen betonen die USA die Bedeutung marktbasierter Lösungen mit geringer staatlicher Interventionstiefe. Neben dieser kulturell geprägten Divergenz in den Politikstilen verhindern weitere Faktoren eine transatlantische Führungsrolle in der Klimapolitik. Dazu zählt *Thielges* insbesondere innenpolitische Widerstände durch Klimaskeptiker in der amerikanischen Öffentlichkeit und in den Reihen der Republikaner im Kongress sowie eine insgesamt geringer empfundene Dringlichkeit für Klimaschutz. Dass diese Hindernisse unter der Präsidentschaft Donald Trumps überwunden werden können, darf vor dem Hintergrund der Analyse von *Sonja Thielges* bezweifelt werden. Die Entscheidung Trumps mit Scott Pruitt einen ausgewiesenen Skeptiker des menschenverursachten Klimawandels als Leiter der US-Umweltschutzbehörde zu benennen und die Ankündigung aus dem Pariser Klimaschutzabkommen auszusteigen, deuten vielmehr Rückschläge auf dem Weg zu einer effektiven transatlantischen Klimapolitik an.

Der Beitrag von *Welf Werner* untersucht die Auswirkungen von sozioökonomischem Strukturwandel und Wirtschaftskrisen auf Europa und die USA. *Werner* stellt dabei eine »Entkräftung« der transatlantischen Wohlfahrtsgemeinschaft fest, die durch langfristig wirksame strukturelle Veränderungen ausgelöst wurde. Dazu zählt der Autor einerseits den Bedeutungsverlust der transatlantischen Volkswirtschaften im Kontext der Globalisierung. Andererseits sieht *Werner* deutliche Anzeichen dafür, dass nicht nur die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in den USA zugenommen hat, sondern auch wichtige Institutionen des Wohlfahrts- und Interventionsstaats nicht in der Lage waren, die negativen sozialen Auswirkungen dieser wirtschaftlichen Entwicklung aufzufangen. Fraglich sei, so *Werner*, ob Europa mit dem Strukturwandel besser umzugehen weiß als die USA. Denn gerade in den Staaten Südeuropas traten im Zuge der Eurokrise massive soziale Verwerfungen auf. Trotz dieser von vielen politischen Akteuren erkannten Problemlagen sei bislang nicht erkennbar, dass die strukturellen Ursachen der Wirtschaftskrise von 2008 behoben wurden. So sei die Währungsunion in Europa weiterhin für externe Schocks anfällig und auch die Maßnahmen zur Regulierung des Finanzmarkts, die in den USA unter Barack Obama eingeführt wurden, könnten eine neue Krise des Finanzdienstleistungs-

sektors kaum verhindern – zumal die Trump-Administration bereits an einer Re-Liberalisierung arbeitet. Im Fazit weist *Werner* daraufhin, dass es im Zuge der strukturellen Wandlungsprozesse auf beiden Seiten des Atlantiks auch zu innenpolitischen Umwälzungen gekommen ist, die in der Wahl des neuen US-Präsidenten und seiner populistischen und globalisierungskritischen Agenda ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten und auch in Europa zum Aufstieg populistischer Bewegungen beigetragen haben.

Auch *Andreas Falke* sieht in den globalen Verschiebungen des Welthandelssystems nicht nur eine sicherheitspolitische, sondern auch eine ökonomische Herausforderung für die transatlantische Gemeinschaft. Die westliche Wirtschaftsordnung werde durch den ökonomischen Aufstieg Ostasiens potenziell gefährdet. Hierauf habe die USA unter Präsident Obama mit einer anspruchsvollen handelspolitischen Agenda reagiert, die im Kern zum Ziel hatte, über Freihandelsabkommen regelsetzende Wirkung auf dem Weltmarkt zu entfalten. Dazu zählte zum einen die Transpazifische Partnerschaft (TPP), die *Falke* als handelspolitisches Pendant zur geostrategischen Gegenmachtbildung zu China begreift, und zum anderen das Freihandelsabkommen mit der EU (TTIP), das die Chance auf den Ausbau und die Vertiefung der transatlantischen Wohlfahrtsgemeinschaft geboten hätte. Ein einheitlicher, transatlantischer Regulierungsrahmen konnte jedoch nicht verabschiedet werden, zu groß waren die Widerstände in den USA und Europa. *Falke* konstatiert, dass sowohl in den USA wie auch in der EU der handelspolitische Konsens unter Druck geraten ist. Die Wahl Trumps signalisiert gerade eine Abkehr von bisherigen Prinzipien amerikanischer Handelspolitik. Die Unsicherheit über den künftigen handelspolitischen Kurs und der Rückzug aus Freihandelsabkommen könne dazu führen, dass Staaten wie China neue Spielräume gewinnen und die transatlantische Wohlfahrtsgemeinschaft gefährdet wird. *Falke* warnt vor einem »handelspolitischen Abnutzungskrieg« und plädiert stattdessen für eine Vertiefung der transatlantischen Kooperation.

4. Die Zukunft der transatlantischen Sicherheits-, Werte- und Wohlfahrtsgemeinschaft

Wie ist es nun um die Zukunft der transatlantischen Gemeinschaft bestellt? Die Beiträge des Bandes haben gezeigt, dass die transatlantische Gemeinschaft über traditionelle Allianzen und kurzfristige Bündnisse hinausgeht. Sie beruht auf institutionalisierten Kooperationsbeziehungen, gemeinsamen Werten und der Ausbildung kollektiver Identitäten. Dennoch waren und

sind Krisen nicht die Ausnahme, sondern die Regel in der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft. Dies ist zum einen auf den pluralistischen Charakter der Gemeinschaft zurückzuführen, sodass es zwischen den Mitgliedern nicht allein zu Interessendivergenzen, sondern auch zu Wertekonflikten kommen kann. Zum anderen wird die Sicherheitsgemeinschaft durch externe Veränderungen herausgefordert. In der Vergangenheit ist es der transatlantischen Gemeinschaft immer wieder gelungen, sich an äußere wie innere Veränderungen anzupassen, die Gemeinschaft institutionell zu stärken und Konflikte um die Identität und den Auftrag der Sicherheitsgemeinschaft einzuhegen. Die Sicherheitsgemeinschaft besitzt gerade durch ihre Grundierung auf gemeinsamen Werten, ihrer identitätsstiftenden Kraft, der Responsivität und des wechselseitigen Vertrauens Ressourcen, um Krisen zu bearbeiten. Allerdings blicken einige Beiträge durchaus skeptisch in die Zukunft, da gerade auch die ideationalen Grundlagen der Gemeinschaft als gefährdet erscheinen. Schon im Zuge der Ukrainekrise ist es insbesondere aufseiten der osteuropäischen und baltischen Bündnispartner zu einer Vertrauenskrise gekommen, da sie die Glaubwürdigkeit des Beistandes im Krisenfall gefährdet sahen. Der transaktionale Politikstil des amerikanischen Präsidenten Trump hat diese Unsicherheiten bei den Partnern insgesamt verstärkt und erfasst nun nicht allein die sicherheitspolitische Dimension der transatlantischen Gemeinschaft. Auch handelspolitisch ist neues Misstrauen entstanden, das den lange Zeit gültigen transatlantischen Konsens gefährdet. In der Vergangenheit war die Fähigkeit zur Bewältigung externer Herausforderungen wesentlich durch die allianzinterne Konfliktbearbeitung bedingt. Ist jedoch die Vertrauenswürdigkeit der transatlantischen Partner beschädigt, hat dies Auswirkungen auf wechselseitige Identifikation und Responsivität und damit auf die ideationalen Grundlagen der Sicherheitsgemeinschaft. Dies kann nicht nur die Fähigkeit zur Konfliktbearbeitung und die Kooperation innerhalb der Gemeinschaft gefährden, sondern auch die Handlungsfähigkeit nach außen. Die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft steht in der Ära Trump damit vor einer großen Bewährungsprobe.

Literatur

Adler, Emanuel / Barnett, Michael (1998): A Framework for the Study of Security Communities, in: Emmanuel Adler / Michael Barnett (Hg.), Security Communities, Cambridge/New York, S. 29–65.

Böller, Florian / Herr, Lukas D. (2017): Auf Kollisionskurs: Die Weltordnungspolitik der USA nach der Wahl Donald Trumps, in: Bruno Schoch et al. (Hg.), Friedensgutachten 2017, Berlin, S. 32–44.

Born, Hans / Hänggi, Heiner (2005): The Use of Force under International Auspices. Strengthening Parliamentary Accountability (= DCAF Paper 7), Genf.

Braml, Josef (2017): Innenansichten von Trumps Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 67 (18/2017), S. 29–34.

Deutsch, Karl W. / Burrell, Sidney A. / Kann, Robert A. / Lee, Maurice, Jr. / Lichterman, Martin / Lindgren, Raymond E. / Loewenheim, Francis L. / Wagenen, Richard W. van (1957): Political Community and the North Atlantic Area. International Organizations in the Light of Historical Experience, Princeton.

Gordon, Philip / Shapiro, Jeremy (2004): Allies At War. America, Europa, and the Crisis over Iraq, McGraw-Hill.

Hanrieder, Wolfram F. (1995): Deutschland. Europa. Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994, Paderborn.

Hofmann, Stephanie C. / Yeo, Andrew I. (2015): Business as Usual: The Role of Norms in Alliance Management, in: European Journal of International Relations 21 (2/2015), S. 377–401.

Ikenberry, G. John (2017): The Plot Against American Foreign Policy. Can the Liberal Order Survive?, in: Foreign Affairs 96 (3/2017), S. 2–9.

Koschut, Simon (2010): Die Grenzen der Zusammenarbeit: Sicherheit und transatlantische Identität nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Baden-Baden.

Koschut, Simon (2014): Losing Attraction? Die transatlantische Wertegemeinschaft und die Zukunft der amerikanischen Weltführungspolitik, in: Steffen Hagemann / Wolfgang Tönnesmann / Jürgen Wilzewski (Hg.), Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama, Trier, S. 153–180.

Jäger, Thomas / Gärtner, Heinz / Wilzewski, Jürgen (Hg.) (2017): Eine transformative Präsidentschaft. Die USA in der Ära Barack Obama (= Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Sonderheft 9), Wiesbaden.

Jäger, Thomas / Höse, Alexander / Oppermann, Kai (Hg.) (2005): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit, Wiesbaden.

Marschall, Christoph von / Seibert, Thomas / Kuchenbecker, Tanja (2017): Wie gestört sind die Beziehungen zu Trumps USA?, in: Tagesspiegel, 29. Mai 2017 (online unter: www.tagesspiegel.de/politik/merkels-zitat-und-die-folgen-wie-gestoert-sind-die-beziehungen-zu-trumps-usa/19866206.html – letzter Zugriff: 16.10.2017).

Mearsheimer, John J. (1990): Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War, in: International Security 15 (1/1990), S. 5–56.

Pew Research Institute (2017): U.S. Image Suffers as Publics Around World Question Trump's Leadership, in: Pew Research Institute, 26. Juli 2017 (online unter: www.pewglobal.org/2017/06/26/u-s-image-suffers-as-publics-around-world-question-trumps-leadership/ – letzter Zugriff: 16.10.2017).

Risse, Thomas (2006): The Crisis of the Transatlantic Security Community, in: Ingo Peters (Hg.), Transatlantic Tug-of-War. Prospects for US-European Cooperation, Berlin, S. 111–142.

Sloan, Stanley R. (2003): NATO, the European Union, and the Atlantic Community, Lanham.

Waltz, Kenneth N. (1993): The Emerging Structure of International Politics, in: International Security 18 (3/1993), S. 44–79.

White House (2017a): The Inaugural Address, Washington D.C., in: White House, 20. Januar 2017 (online unter: www.whitehouse.gov/inaugural-address – letzter Zugriff: 16.10.2017).

White House (2017b): Statement by President Trump on the Paris Climate Accord, in: White House, 1. Juni 2017 (online unter: www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/06/01/statement-president-trump-paris-climate-accord – letzter Zugriff: 16.10.2017).

I. Die transatlantische Gemeinschaft als Sicherheitsgemeinschaft

Florian Böller / Steffen Hagemann

Strukturen, Interessen, Identitäten

Mechanismen der Krisenbewältigung in der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft im Kontext konkurrierender Theorieansätze

1. Einleitung

Vermeintlich existenzbedrohende Krisen für das transatlantische Bündnis wurden bereits häufig diagnostiziert: Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hatten neorealistische Beobachter eine baldige Verschlechterung der Beziehungen zwischen Europa und Nordamerika vorhergesagt.[1] 2003 führte der Streit um die amerikanische Intervention im Irak zu transatlantischen Verwerfungen.[2] Auch in der Phase der bipolaren Systemkonfrontation zeigten sich bisweilen Risse im transatlantischen Fundament: Etwa während der Suezkrise 1956, nach dem Austritt Frankreichs aus der militärischen Organisation der NATO oder in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses.[3] Zuletzt stellten die NSA-Affäre und die Ukrainekrise den transatlantischen Zusammenhalt auf die Probe. Trotz dieser Krisensituationen besteht das transatlantische Bündnis weiterhin fort. Die Wesensmerkmale von »Sicherheitsgemeinschaften«[4], die friedliche Konfliktbewältigung und die Abwesenheit militärischer Bedrohungen zwischen den Mitgliedern der Gruppe, blieben stets intakt. Darüber hinaus zeigten sich die transatlantischen Partner auch in der Lage, das westliche Bündnis neuen Sicherheitslagen und externen Herausforderungen anzupassen – etwa im Rahmen der NATO-Osterweiterung oder bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive stellt sich daher die Frage, wie die Krisenfestigkeit des transatlantischen Bündnisses erklärt werden kann und welche Mechanismen bei der Bewältigung interner Spannungen zwischen den

1 Vgl. Mearsheimer 1990.
2 Vgl. Pond 2004.
3 Vgl. Thies 2009.
4 Deutsch et al. 1957.

Partnern bedeutsam sind. Im vorliegenden Beitrag werden zunächst verschiedene theorieorientierte Perspektiven zum Thema von Krise versus Persistenz in den transatlantischen Beziehungen erörtert. Wir unterscheiden dabei zwischen den verschiedenen Mechanismen, Ursachen und Entwicklungsthesen, die von den jeweiligen systemischen beziehungsweise subsystemischen Perspektiven hervorgehoben werden. Ausgehend von diesem Überblick identifizieren wir bestehende Lücken in der Forschung. Diese liegen zum einen in einer zu statischen Perspektive auf Krise und Persistenz des transatlantischen Bündnisses. Zum anderen existieren nur wenige systematische Ansätze, die hinreichend genau definieren, was eine Krise bedeutet. Anhand des Modells der »pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft« nach Karl W. Deutsch entfalten wir mehrere Dimensionen zur Dynamik zwischen Krise und Fortbestand der transatlantischen Allianz. Der Ansatz von Deutsch wird an dieser Stelle als Brückenkonzept eingesetzt.[5] Das von uns entwickelte prozessorientierte Verständnis von Krise und Fortbestand wird schließlich am Beispiel transatlantischen Handelns in der Syrienkrise exemplarisch dargestellt.

Die Untersuchung trägt einerseits zu einem besseren Verständnis transatlantischer Krisenbewältigung bei und ergänzt andererseits das Forschungsprogramm zu »pluralistischen Sicherheitsgemeinschaften«, welches gegenwärtig eine erneute Konjunktur erlebt.[6] Zudem bietet dieser konzeptionelle Beitrag Anknüpfungspunkte für verschiedene systemische und subsystemische Theoriezugänge, welche von den anderen Beiträgen in diesem Band anhand konkreter Politikfelder und den jeweiligen internen und externen Herausforderungen der transatlantischen Allianz aufgegriffen werden.

2. Stand der Forschung

Die theorieorientierte Forschung zu den transatlantischen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts lässt sich in mehrere Phasen unterscheiden, die eng mit den weltpolitischen Entwicklungen in Verbindung stehen und in der jeweils eigene Krisensymptome und -ursachen im Zentrum des wissenschaftlichen Diskurses standen. Auf die Debatte um die Zukunft des Westens nach dem Wegfall der bipolaren Systemkonstellation folgte die Auseinandersetzung über die Erweiterung der NATO um Aufgaben und Mitglieder in den 1990er-Jahren. Im Zuge der erneuten Zäsur in der internationalen Politik, den Anschlägen vom 11. September 2001, beschäftigte sich

5 Vgl. Koschut 2014a.

6 Vgl. Koschut 2016, Pouliot 2007, Dytrich 2014.

die Politikwissenschaft wiederum mit der Frage, ob die USA und Europa weiter auseinanderdriften oder ihre Kooperation fortsetzen würden.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hatten Neorealisten prognostiziert, dass die transatlantische Partnerschaft mit dem Wegfall der äußeren Bedrohung durch die Sowjetunion ihre zentrale Bedeutung in der sicherheitspolitischen Architektur des Westens verlieren würde.[7] Aus dieser Perspektive läutete die strukturelle Veränderung auf der Ebene des internationalen Systems einen Wandel der Machtkonstellationen und damit der Verhaltensanreize der Einzelstaaten ein.[8] Deutschland würde sich vor dem Hintergrund gestiegener machtpolitischer Ressourcen emanzipieren, das Schwinden des einenden Bandes der Bedrohung durch die Sowjetunion die transatlantische Allianz insgesamt schwächen und die USA sich aus Europa nach und nach zurückziehen.[9] Später wurde die These angepasst und behauptet, dass die Allianz nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu einem Werkzeug für das mächtigste Mitglied, also die USA, geraten wäre.[10]

Aus der neorealistischen Perspektive geht der Impuls für Phasen der Transition von Allianzen also von systemischen Veränderungen aus.[11] Christopher Layne diskutierte beispielsweise die Auswirkungen der unipolaren Konfiguration des internationalen Systems auf die USA.[12] Er kam zu dem Schluss, dass einerseits auch Verbündete der USA zunehmend nach eigenständiger Außenpolitik streben würden und sich die USA auf ein unilaterales »offshore balancing«[13] konzentrieren würden. Mithin modifizierte Layne die alte Krisenthese des Neorealismus über die transatlantischen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.[14]

Neo-Institutionalisten betonten im Gegensatz zum Neorealismus, dass angesichts bestehender Interdependenzen, bereits getätigter Investitionen (»Sunk Costs«) und der Notwendigkeit auch außerhalb der bisherigen kollektiven Verteidigung gemeinsame Interessen in der Welt durchzusetzen (»Linkages«) ein Fortbestand des Bündnisses und seiner institutionellen Formen wahrscheinlich wäre.[15] Auch liberale Perspektiven gingen zumeist

7 Vgl. Waltz 1993, Mearsheimer 1990.

8 Vgl. Layne 1993.

9 Vgl. Mearsheimer 1990: 36, 52.

10 Vgl. Mearsheimer 2014; siehe außerdem Waltz 2000: 25.

11 Vgl. Walt 2009: 94–100.

12 Vgl. Layne 2006.

13 Layne 2006: 39.

14 Zumindest bis zur Ukrainekrise konnte Laynes Argument erhebliche Erklärungskraft für sich reklamieren.

15 Vgl. Keohane/Martin 1995, Wallander 2000.

davon aus, dass die transatlantischen Partner weiterhin über eine große Schnittmenge (materieller) Interessen verfügen würden, die den Fortbestand der Kooperation gewährleisten würden.[16] Wo interessenbasierte Konflikte auftraten, etwa in der Phase gemeinsamer Militärinterventionen in Form der »Burden Sharing«-Debatte,[17] würden diese bestehenden Divergenzen die Effektivität der Maßnahmen einschränken, nicht aber die Sicherheitskooperation als solche infrage stellen, sondern durch interessenbasierte Aushandlung eingehegt werden.[18]

Neorealismus, Neoinstitutionalismus und liberale Theorie diskutieren somit unterschiedliche Ursachen für das Resultat einer Transformation (hier vor allem nach dem Ende des Ost-West-Konflikts), jedoch zumeist mit Blick auf den Anfangs- und Zielzustand.

Eine Ausnahme zu dieser statisch ausgerichteten Forschung bieten konstruktivistische Erklärungen der NATO-Osterweiterung. Danach wurde die NATO als Wertegemeinschaft aufgefasst, die sich um einen normativen Kern von Menschenrechten und Demokratie konstituiert. Frank Schimmelfennig führte am Beispiel des NATO-Programms »Partnerschaft für den Frieden« aus, wie die neuen Mitglieder im Rahmen eines Sozialisierungsprozesses diese Werte erlernen und internalisieren.[19] In der Mehrzahl ließen aber auch konstruktivistische Beiträge die konstituierenden Prozesse der Allianz weitgehend unberücksichtigt. Dies gilt ebenso für die unterschiedlichen Lesarten zur transatlantischen Krise im Vorfeld des Irakkriegs 2003. Während einige Autoren die Stabilität der transatlantischen Beziehungen trotz auftretender Spannungen hervorhoben und als Erklärung auf das bestehende gemeinsame Wertefundament hinwiesen,[20] erkannten andere gerade in der Differenz ideationaler Faktoren die zentrale Ursache des allianzinternen Streits.[21] Analytisch ist diesen Ansätzen jedoch gemein, dass sie Identitäten, Rollen oder außenpolitische Kulturen von zentralen Staaten (Deutschland, Frankreich, USA) und Regionen (Europa versus Nordamerika) in den Blick nehmen, um den Grad der Übereinstimmung zu überprüfen.[22] Die Aushandlungspro-

16 Ein Zusammenbrechen der Allianz wäre aus der Perspektive von Institutionalismus und liberaler Theorie nur dann zu erwarten gewesen, wenn sich die grundlegenden Interessen der beteiligten Akteure verändert hätten. Institutionalisten sahen trotz der Veränderung der Systemkonstellation hierfür kaum Hinweise (vgl. Hellmann/Wolf 1993: 20).

17 Vgl. Hallams/Schreer 2012.

18 Vgl. Moravcsik 2003.

19 Vgl. Schimmelfennig 1998: 226; siehe auch Flockhart 2004.

20 Vgl. Nye 2000, Thies 2009.

21 Vgl. Williams 2005, Simoni 2013.

22 Vgl. Koschut 2010, Koschut 2013, Risse 2006, Fuchs/Klingemann 2008.

zesse, etwa über eine gemeinsame transatlantische Identität, wurden dagegen ebenso selten erfasst wie die Interaktionen beim Management allianzinterner Krisen, zum Beispiel hinsichtlich der Frage, wie die Krise nach 2003 von den Akteuren eingehegt wurde. Die Ursache für das Ausblenden dieser Prozesse liegt wohl, wie Simon Koschut feststellt, in einem progressiven »Bias« der konstruktivistischen Forschung im Bereich der transatlantischen Beziehungen.[23] Diese überschätzt typischerweise die Bindekraft bestehender Normen und ignoriert die zentrifugalen Kräfte in Krisensituationen.[24]

Neuere Studien haben versucht, das Krisenmanagement der Allianz genauer auszuleuchten. Stephanie Hofmann und Andrew Yeo entwickelten die These, dass gesellschaftliche Normen die Konflikte innerhalb des Bündnisses abfedern.[25] In seiner Untersuchung zum Handeln der Bündnismitglieder während des Afghanistan-Einsatzes der NATO betrachtete Koschut ebenfalls die Wirkung innergesellschaftlicher Normen.[26] Gleichwohl lassen sich in beiden Fällen die Mechanismen des Austrags und des Managements allianzinterner Konflikte kaum vollständig erfassen, da die analysierten binnenstaatlichen Normen der eigentlichen Interaktion vorgelagert werden. Zudem nahmen die Autoren an, dass die Normen in bilateralen und multilateralen Bündnissen gleichermaßen das Verhalten strukturieren. Sie unterschieden ebenfalls nicht zwischen Bündnissen und Sicherheitsgemeinschaften und vernachlässigten dabei möglicherweise, dass andere Normen und institutionelle Aushandlungsprozesse wirksam sind. Schließlich verfügen pluralistische Sicherheitsgemeinschaften, wie die transatlantische Allianz, über differenziertere Regel- und Konfliktlösungssysteme, welche durch jahrzehntelange Kooperationserfahrungen entwickelt wurden. Auch Harald Müllers Untersuchung zum Niedergang von Sicherheitsgemeinschaften bietet implizite Anhaltspunkte für allianzinterne Krisenbewältigungsmechanismen.[27] So differenzierte Müller zwischen verschiedenen Stadien der Krise und legte Prozesse offen, die eine Krise verstärken. Ausgangspunkt existenzgefährdender Situationen waren für Müller Beschädigungen des ideational-normativen Kerns von Sicherheitsgemeinschaften (darunter Normen, Verständigung etc.). Es bleibt

23 Vgl. Koschut 2016: vii.

24 Koschuts Studie (2016) zielt deshalb auf eine Darlegung eines Konzepts des »Niedergangs« von Sicherheitsgemeinschaften (siehe auch Müller 2006).

25 Vgl. Hofmann/Yeo 2015. Die prozedurale Norm der »Contestation« legitimiert den Austrag von Meinungsverschiedenheiten. Sie ist letztlich an eine innerstaatliche demokratische Ordnung zurückgebunden, während das Grundinteresse der Mitglieder an der Allianz (»Security Consensus«) das Überwinden von Krisen erleichtert (vgl. Hofmann/Yeo 2015, Müller 2006).

26 Vgl. Koschut 2014b.

27 Vgl. Müller 2006.

jedoch auch hier unklar, wie dieser zentrale Kern durch die Bündnispartner im Aushandlungsprozess erhalten werden kann.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Forschung zu den transatlantischen Beziehungen häufig einer dichotomen Perspektive zwischen Krise und Persistenz des Bündnisses verhaftet war. Interaktionen, Prozesse und Mechanismen während transformativer Phasen bleiben nur schwach ausgeleuchtet. Die folgende Tabelle fasst die Theorieperspektiven zu Krise und Persistenz in den transatlantischen Beziehungen zusammen. Erkennbar ist, dass die Anpassungsprozesse meist nur allgemeinen systemischen beziehungsweise subsystemischen Annahmen folgen, ohne dass in Theorie und Empirie die Transition der Sicherheitsgemeinschaft konkret erfasst wird (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Theoretische Perspektiven zur Erklärung transatlantischer Krisen und Stabilität

Analyseebene	Theorie	Krise	Anpassung	Fortbestand
Systemstruktur und Macht (rational)	Neorealismus	Fehlende gemeinsame Bedrohung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (Mearsheimer 1990) Entstehen von (Soft)-Balancing (Waltz 1993, Layne 1993)	Anpassung an Unipolarität (Walt 2009, Layne 2006)	NATO als Machtinstrument der USA (Waltz 2000, Mearsheimer 2014)
Interessen und Institutionen (rational)	Institutionalismus	Externer Schock verändert Interessenkonstellation (Hellman/Wolf 1993)	Institutionelles Lernen (Wallander 2000)	Positivsummenspiel durch bestehende Interdependenz (Hellman/Wolf 1993, Keohane/Martin 1995)
	Liberale Theorie	Interessendivergenz (Wolf 2000) Burden Sharing-Problematik (Hallams/Schreer 2013)	Aushandlung entlang innergesellschaftlicher Präferenzen (Moravcsik 2003)	Interessenkonvergenz (Wolf 2000)
Werte und Ziele (ideational)	Konstruktivismus	Inkompatible Identitäten und Werte (Simoni 2013, Williams 2005) Rollenkonflikte zwischen Alliierten (Oppermann 2012)	Soziales Lernen (Schimmelfennig 1998, Flockhart 2004)	Stärke bestehender Normen (Nye 2000, Hofmann/Yeo 2015)

Quelle: eigene Darstellung.

3. Die pluralistische Sicherheitsgemeinschaft als Brückenkonzept zur Erfassung von Krisen und Konfliktmanagement im transatlantischen Verhältnis

Nach dem Ost-West-Konflikt wurde das Konzept der Sicherheitsgemeinschaft, das bereits in den 1950er-Jahren entwickelt worden war,[28] vermehrt zur Analyse sicherheitspolitischer Allianzen herangezogen.[29] Dies stand nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Fortbestand und der Transformation der NATO nach der Auflösung des Warschauer Pakts, welche die traditionellen theorieorientierten Perspektiven, wie oben ausgeführt, teilweise in Erklärungsnöte brachte.

Das Konzept der Sicherheitsgemeinschaft bietet einen Analyserahmen für den Umgang der Mitglieder mit neuen Herausforderungen auf internationaler Ebene und allianzinternen Konflikten. Es bietet als Brückenkonzept auch Anknüpfungspunkte für verschiedene Theorieperspektiven und ermöglicht auf diese Weise eine prozessorientierte Betrachtung der Veränderungen innerhalb der pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft.

Bei der Analyse von transatlantischen Konflikten muss beachtet werden, dass systemische Veränderungen oder externe Schocks nicht automatisch zu einer fundamentalen Krise oder zum Niedergang der Sicherheitsgemeinschaft führen. Das bedeutet gleichwohl nicht, dass systemische Impulse ohne Effekt blieben. Sie stellen vielmehr ein »Window of Opportunity« dar, welches von Akteuren genutzt werden kann, um bestehende Identitäten und Rollen, Institutionen sowie Normen und Werte der Sicherheitsgemeinschaft herauszufordern.[30] Inkrementelle oder rapide Veränderungen in Systemstruktur, Bedrohungswahrnehmung oder Interessenkonstellation führen daher nicht notwendigerweise zur Krise, die Frage ist vielmehr, inwieweit es der Sicherheitsgemeinschaft gelingt, sich den veränderten Bedingungen anzupassen.

Die soziale und institutionelle Struktur von Sicherheitsgemeinschaften stellt für diese transformativen Prozesse spezifische Ressourcen zur Konfliktbearbeitung bereit: Deutsch verstand die Sicherheitsgemeinschaft als eine soziale Gruppe, die als Resultat eines dynamischen Integrationsprozesses einen »Sense of Community« entwickelt hat, und die durch gemeinsames Handeln, geteilte Normen und Werte sowie etablierten Institutionen gekenn-

28 Vgl. Deutsch et al. 1957.

29 Vgl. Adler/Barnett 1998, Acharya 2001.

30 Vgl. Risse 2012: 4.